

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Gäste,

vorgestern Abend sind hier in Leipzig zehntausende Menschen auf die Straße gegangen. Die Mehrheit hat ein deutliches Zeichen gesetzt für Demokratie und Toleranz. Danke Leipzig!

Es scheint als wäre der Geisterzug Pegida hier vorläufig zum Stehen gekommen.

Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen: Vorbehalte gegen Flüchtlinge, Angst vor dem Islam, Wut auf Politik und Medien – diese Mixtur hat sich lange vor diesem Winter zusammengebraut. Und sie hat sich in den Köpfen von Menschen überall in der Republik festgesetzt.

Ich weiß nicht wie es euch mit der aktuellen Situation in Deutschland und Europa geht – ich empfinde sie als bedrückend. Ich mache mir Sorgen. Unsere Gesellschaft scheint aus dem Lot zu geraten. Da schaukelt sich etwas hoch. Es ist, als würde die Welt verrückt spielen. Konflikte, die fern schienen, sind auf einmal bei uns in der Gesellschaft angekommen.

Es sind Menschen auf den Straßen und in den Medien unterwegs, die mit schnellen und einfachen Parolen versuchen die Deutungshoheit zu übernehmen.

In angespannten Situationen, wo es natürlich Ängste gibt, sind keine schnellen und populären, teils populistischen, Ansätze, das, was zählt. Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Wir dürfen keine Geister aus der Flasche entlassen, die wir so schnell nicht wieder einfangen können.

Andere Parteien haben immer wieder Fragen von Einwanderung und Integration für populistische Stimmungsmache missbraucht. Das war und ist Brandstiftung an den Grundmauern unserer Demokratie!

Heute sagt die Kanzlerin: „Der Islam gehört zu Deutschland“. Und spaltet damit ihre eigene Partei. Von der Jungen Union bis zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion: viele äußern offene Kritik. Dabei handelt es sich um eine Tatsache, der auch die CDU endlich ins Auge sehen sollte.

Wieder einmal kommt es auf uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an: wir verwehren uns einem Populismus, der auf dem Rücken von Minderheiten auf Stimmenfang geht!

Wir sagen deutlich wofür wir stehen: für ein tolerantes und weltoffenes Berlin. Wir stellen uns unserem Anspruch Aufklärung, Versachlichung und Differenzierung in die Debatte einzubringen.

Dazu gehört auch, klare Kante gegenüber den Stimmungsmachern auf der Straße zu zeigen. Gesine Schwan und Heiko Maas haben als erste deutliche Wort gegenüber den selbst ernannten Pseudo-Patrioten gefunden. Darauf können wir stolz sein in der SPD.

Genossinnen und Genossen,

zur Zeit wird unsere Demokratie auf die Probe gestellt. Es stellt sich die Frage: Wie belastbar ist unsere Demokratie? Wir Politikerinnen und Politiker tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass aus der Belastungs- keine Zerreißprobe wird. Wir dürfen uns nicht treiben lassen von bestimmten Entwicklungen.

Auf der diesjährigen Klausur ist das Thema Integration. Das ist das richtige Thema zur richtigen Zeit. Der Gedanke, das zum Schwerpunkt zu machen, ist vor Monaten entstanden. Damals gab es noch keine Pegida-Demos, noch keine Anschläge in Paris und Angela Merkel hatte den Satz: „der Islam gehört zu Deutschland“ - noch nicht gesagt.

Die Aufgaben lagen auch damals schon auf dem Tisch. Denn Integration ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Als Berliner SPD-Fraktion arbeiten wir seit Jahren an der konkreten Umsetzung eines gelingenden Miteinanders: Zum Beispiel die Arbeit der Stadtteilmütter und der Integrationslotsen, die Brennpunktschulen, mehr Kitaplätze in Brennpunktkieze, Hilfen für Roma. Auf der anderen Seite aber genauso: Bußgelder für Schulschwänzer, die Absenkung des Alters für die Sprachtests der Kita-Kinder.

Die Beispiele zeigen: unsere Integrationspolitik ist praktisch und bedarfsorientiert. Wir fördern die Brennpunktschulen, legen aber Wert darauf, dass die Schüler vormittags nicht auf der Straße unterwegs sind. Das meine ich, wenn ich sage: wir brauchen eine hinschauende Integrationspolitik.

Das gesellschaftliche Klima hat sich in den letzten Wochen verändert. Im Sommer waren wir alle Weltmeister. Wir waren Deutschland einig Fußballland. Im diesem Winter reißen wieder Gräben auf. Das Klima wird aggressiver. Es wird kälter bei uns in Deutschland.

Unsere Rolle als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es, die Gräben in unserer Gesellschaft klar zu benennen. Und dann Brücken über diese Gräben zu bauen.

Und in diesem Winter zeigt sich: Wir brauchen neue Brücken über alte Gräben. Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Lasst uns einen Blick zurückwerfen. Seit Mitte der 50er Jahre kamen Gastarbeiter nach Deutschland. Aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, der Türkei, dem nahen Osten, Südkorea, und Jugoslawien.

Die Arbeiter wurden in der Zeit des Wirtschaftswunders für einfache Arbeiten in der Industrie gebraucht. Man sprach damals oft von „Arbeit, die die Deutschen nicht mehr machen wollen.“ Genauso kam in den 60ern auch mein Vater nach Deutschland. Niemand rechnete damals damit, dass viele Gastarbeiter bleiben würden.

In den 80er Jahren begann die Zeit der Massen-Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit trifft besonders schlecht ausgebildete Gruppen. Also auch in hohem Maße die Migranten.

Das war die Zeit, in der die Kinder der Gastarbeiter aufwuchsen.

Die Migration ging weiter. Seit Ende der 80er Jahre kamen Jahr für Jahr viele Spätaussiedler nach Deutschland. In den 90ern kamen viele Flüchtlinge vom Balkan zu uns.

Die Spätaussiedler wurden von Helmut Kohl mit offenen Armen empfangen. Die Haltung von Oskar Lafontaine und der SPD war etwas differenzierter. Das führte dazu, dass die Spätaussiedler bis heute mehrheitlich CDU wählen. Für die Gastarbeiter war es umgekehrt. Sie sagten: „Die CDU ist gegen uns, die SPD ist für uns.“ Diesen Satz habe auch ich in meiner Kindheit oft gehört. Und das habt ihr nun davon.

In dieser ganzen Zeit gab es noch keine Integrationspolitik – es gab bestenfalls „Ausländerpolitik“ und „Ausländerbeauftragte“.

Gleichzeitig war das Land im Wandel und verunsichert. Die Wiedervereinigung war nicht nur ein Geschenk, sondern harte Arbeit. Die Umbrüche waren gigantisch: Privatisierung im Osten. Die Währungsreform und dann die Einführung des Euro. Und die hohe Arbeitslosigkeit.

Viele Deutsche – nicht nur im Osten – fühlten sich fremd im eigenen Land. Die CDU versuchte Deutschland abzuschotten und sagte: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Das war eine Lebenslüge.

Aber auch die Haltung „Wir sind Multi-Kulti, alles regelt sich von selbst.“ hat sich als Irrglaube herausgestellt. Es fehlte die klare Ansprache.

Die Realität wurde von der Politik ignoriert. Die 90er Jahre waren ein verlorenes Jahrzehnt für die Integration.

Erst Gerhard Schröder beendete das Wegschauen. Seine Integrations- und Zuwanderungspolitik war der mutige Anfang einer Reformpolitik. Schröders Wirtschafts- und Sozialpolitik war und ist in der SPD hoch umstritten. Aber seine Integrationspolitik haben SPD-Rechte und SPD-Linke im Konsens und gemeinsam verabschiedet.

Wir dürfen nicht vergessen, welche Widerstände es damals gab. Die SPD hat tapfere Wahlkämpfe geführt – zum Beispiel gegen Roland Kochs Unterschriftensammlungen und Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“.

Auch heute steht die SPD für eine tabufreie, soziale und weltoffene Integrationspolitik.

Was verstehen wir unter Integrationspolitik? Wir machen soziale Politik für alle. Jede und jeder soll in dieser Gesellschaft eine ganz reale Chance haben, erfolgreich zu sein. Deshalb kämpfen wir für alle: gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsferne. Das hilft Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße, denn von diesen Problemen sind sie besonders oft betroffen.

In den 60ern brachte Willy Brandt die Arbeiterkinder an die Universitäten. In den 70er und 80er Jahren wurde der Kampf um die Gleichstellung von Frauen stark. Heute erkämpfen wir den sozialen Aufstieg auch für die Kinder der Migrantinnen und Migranten.

Die SPD bleibt sich treu: Wir fördern und fordern. Wir stehen für Lebenschancen, Fleiß und Verantwortung. Wir bauen Brücken für den sozialen Aufstieg. Das ist gelebte Integrationspolitik. Brücken bauen heißt für uns: Wir wollen, dass alle teilhaben an der Gesellschaft.

Wir verfolgen das alte sozialdemokratische Ziel vom sozialen Aufstieg. Aber dafür brauchen wir neue Instrumente.

Unser Brennpunktschulprogramm setzt da an, wo sich Problemkiese gebildet haben. Wir haben ganz bewusst gesagt: Nicht Migrationsanteil ist das Kriterium, sondern Lernmittelbefreiung. Jetzt werden wir Berufsschulen und Privatschulen mit einbeziehen. Denn wir machen sozialen Aufstieg nicht vor der Schulform abhängig. Sondern von der Hilfe für Lehrer, Eltern und Schüler.

Wir werden auch Elemente aus dem Kitadialog umsetzen. Denn es hat sich in der Diskussion gezeigt: In den Kiezen, wo die sozialen Probleme am größten sind, entstehen noch zu wenig Kitaplätze. Während mancherorts die Kitas und Kinderläden wie Pilze aus dem Boden sprießen passiert in anderen Teilen der Stadt kaum etwas.

Es darf nicht sein, dass die Sozialstruktur das ausschlaggebende Kriterium für die Ausstattung mit Kitaplätzen ist. Genau da werden Sandra und unsere Bildungspolitiker ansetzen.

Wir haben in dieser Wahlperiode 17.000 Kitaplätze geschaffen. Wir werden in Brennpunkt-Kiezen genau darauf achten, dass jedes Kind zur Kita gehen kann. Denn Kitazeit ist Bildungszeit. Bildung schafft Teilhabe. Bildung schafft sozialen Aufstieg. Das ist unser Auftrag.

Zum sozialer Aufstieg gehört auch: Eine gute Ausbildung. Immer noch haben zu viele Jugendliche keine Ausbildung. Oder sind in Warteschleifen. Oder brechen ihre Ausbildung ab. Mit der Jugendberufsagentur werden wir das ändern. Dort kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz konkret.

Das ist keine Sonderpolitik für Migrantinnen und Migranten. Aber im Ergebnis wird es diesen Gruppen ganz besonders helfen.

Deshalb ist auch unsere Bildungspolitik gelebte Integrationspolitik! Sozialer Aufstieg für alle – das organisiert die SPD hier in Berlin. Danke Sandra, Danke Dilek für Euer Engagement.

Sozialer Aufstieg beginnt mit guter Bildung, hört aber nicht mit guter Bildung auf.

Schon heute erzielen in Nord-Neukölln junge Frauen aus arabischen und türkischen Familien die besten Schulabschlüsse. Unser Ziel ist, dass diese Frauen nicht nur mit guten Zeugnissen in der Tasche die Schule verlassen. Sie müssen auch dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Und zwar unabhängig davon, ob sie Müller oder Saleh heißen. Und unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit.

Die SPD ist auch die Partei des Kampfes für die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Alle Frauen, die in Deutschland leben, haben das Recht frei über ihr Leben zu entscheiden. Mit allem was dazugehört. Das ist für uns nicht verhandelbar.

Wir wissen, dass es in Punkto Gleichstellung in vielen Bereichen der Gesellschaft Nachholbedarf gibt. Auch in manchen migrantischen Milieus werden unter Berufung auf die Religion Traditionen gelebt und vermittelt, die einer echten Gleichberechtigung entgegenstehen.

Eine gute Ausbildung und damit einhergehende finanzielle Unabhängigkeit. Das ist für Frauen die Grundlage dafür, ein eigenständiges Leben führen zu können und sich aus familiären Zwängen zu lösen.

Dies ist die Voraussetzung dafür, dass sie nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch ein gleichberechtigtes Leben führen können. Das sind wir diesen Mädchen und jungen Frauen schuldig – sie sind der Schlüssel zur Integration. Brücken bauen wollen wir auch für Frauen, Männer und Kinder, die „alles verloren haben“.

Die Kriege im Nahen Osten haben zu mehr Flüchtlingen in Berlin geführt. Wir

wollen und werden für diese Bürgerinnen und Bürgern eine neues Zuhause bieten.

Der erste Schritt ist, dass wir für alle ein Dach über dem Kopf finden. In den 90er Jahren hatten wir schon einmal viele Flüchtlinge. Und damals ist das auch gelungen.

Deshalb stelle ich ganz klar fest: Das Land Berlin ist mit den Flüchtlingen nicht überfordert. Es ist eine Organisationsfrage und es ist auch eine Willensfrage. Wir haben diesen Willen zur Menschlichkeit.

Das Ankommen ist für eine erfolgreiche Integration am wichtigsten. Deshalb möchte ich, dass wir Flüchtlingsunterkünfte möglichst gleichmäßig verteilen. Übrigens heißt gleichmäßig für mich nicht, dass Flüchtlingsheime nur in sozialen Brennpunkten geschaffen werden. Oder in Gegenden, wo man weniger politischen Widerstand erwartet.

Ich bin mir sicher: Die zuständige Verwaltung wird auch in Szene-Vierteln und den Villen-Vierteln gezielt nach Standorten für Flüchtlingsheime suchen.

Aber es geht nicht nur um Unterkünfte. Es geht um eine Integrationsaufgabe. Die Erfahrungen der Balkan-Kriege zeigen: Viele Flüchtlinge werden in Berlin bleiben. Tabufreie Integrationspolitik muss das aussprechen. Wenn wir jetzt nicht klar sagen, was auf uns zukommt, dann wird uns das später auf die Füße fallen.

Die Erfahrungen der Balkan-Kriege zeigen aber auch: Integration ist seitdem tausendfach gelungen. Viele der syrischen Flüchtlinge bringen eine Ausbildung mit. Sie sehnen sich nach Demokratie und Freiheit.

Deshalb müssen wir jetzt mit der Integration beginnen. Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik für diese Leute. Die Bildungsverwaltung leistet hier schon gigantisch viel. Es werden Schulplätze für die Kinder geschaffen. Kitaplätze für die Kleinen. Es werden vom Senat Sprachkurse für die Eltern angeboten. Mein Eindruck ist, dass wir bei der psychologischen Betreuung der Flüchtlinge noch besser werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von euch haben Flüchtlingsunterkünfte in ihren Wahlkreisen. Ihr organisiert Weihnachtsfeiern und Sommerfeste für die Flüchtlingskinder. Ihr seid vor Ort unterwegs und sprecht mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ihr hört euch ihre Sorgen an, nehmt sie ernst und klärt auf. Mein Dank gilt euch!

Vielen Dank aber auch den Ehrenamtlichen, die sich Tag für Tag um Flüchtlinge kümmern.

Immer wieder müssen wir gemeinsam deutlich machen: Die Kriminalität steigt nicht im Umfeld von Flüchtlingsheimen. Die Flüchtlinge kommen nicht wegen der Sozialleistungen. Sie wollen arbeiten. Ich bin mir mit Eric Schweitzer einig, dass wir Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt integrieren müssen.

Unsere Haltung in der Flüchtlingspolitik ist: Wir sprechen Probleme und Vorurteile offen an. Wir stellen uns der Debatte. Wir bezeichnen die skeptischen und kritischen Berlinerinnen und Berliner nicht pauschal als Nazis oder als fremdenfeindlich. Aber genauso kompromisslos klären wir auf und setzen auf Fakten statt Vorurteile.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Berlin muss Vorbild sein für Zusammenhalt und für Integration. Berlin profitiert von seiner Vielfalt. Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten gut entwickelt, gerade weil wir bunt sind. Unser Erfolg fußt auf unserer Internationalität. Wir wollen der Welt zeigen, dass Zusammenhalt und Vielfalt funktionieren. Berlin ist Labor für die ganze Welt.

Wir haben es geschafft, die nationale Einheit zwischen Ost und West erfolgreich zu meistern. Es hat uns stärker gemacht.

Und wir meistern wieder die Einheit: Die Einheit Berlins über Kulturen, Religionen, Weltanschauungen und Lebensweisen hinweg.

Brücken bauen heißt für uns, dass religiöse Überzeugungen die Gesellschaft nicht spalten, sondern verbinden. Deshalb akzeptieren wir die Religionsgemeinschaften als Partner. Zugleich sagen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Das Grundgesetz und die Menschenrechte stehen wie ein schützender Schirm über allen Religionen und Weltanschauungen.

Mit unserer Entscheidung für Pro Ethik haben wir in Berlin gezeigt, dass wir diese säkulare Haltung auch in der Praxis umsetzen.

Heute hat fast jedes zweite Kind in Berlin einen Migrationshintergrund. Das zeigt: Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Sie wird spannender. Aber zum Teil auch komplizierter. Gerade eine komplexe Gesellschaft braucht klare Regeln. Recht und Ordnung, klare Ansage und faire Behandlung sind der beste Weg zur Integration.

Deshalb ist es richtig den muslimischen Gemeinden einen Staatsvertrag anzubieten. Unsere Botschaft lautet: Wir achten alle Welt-Religionen. Sie haben Platz in der deutschen Gesellschaft. Wir wollen die Teilhabe aller. Wir können doch nicht 400.000 Berlinerinnen und Berliner nicht beteiligen und so tun als gäbe es sie nicht. Teil eines solchen Staatsvertrags wird das Bekenntnis zum Grundgesetz sein. Wie in anderen Staatsverträgen auch.

Im Dezember 2013 hat das Wissenschaftszentrum Berlin von Jutta Allmendinger eine Studie veröffentlicht. Dabei wurden die europäische Muslime befragt. Die Studie ist auch für Deutschland repräsentativ.

65 Prozent der Muslime in Europa sagen laut dieser Studie: Ihnen sind „religiöse Regeln wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben“. Für die Sozialdemokratie ist ganz klar: Eine solche Haltung können wir nicht akzeptieren. Man darf Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechseln. Deshalb ist ein Staatsvertrag ein wichtiges Symbol. Denn er bedeutet in letzter Konsequenz: Keine religiöse Überzeugung steht über dem Gesetz.

Aber dieses kritische Bild sagt noch nicht alles aus. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung eine Studie. Sie war ebenfalls repräsentativ. Das Ergebnis war: Weniger als ein Prozent der Muslime in Deutschland denken radikal. 90 Prozent der hochreligiösen Muslime halten die Demokratie für eine gute Regierungsform.

Beide Studien zeigen: wir haben eine komplizierte Situation in Europa. Es gibt eine Grundspannung zwischen säkularen Staaten auf der einen und Religionsgemeinschaften auf der anderen Seite. Ein schwieriges Verhältnis braucht Klarheit und Verbindlichkeit. Dafür ist der Staatsvertrag das richtige

Instrument.

In seiner Geschichte hat sich der Islam immer an die Kultur des Landes angepasst. In Südost-Asien ist der Islam anders als in Saudi-Arabien. In Marokko anders als auf dem Balkan.

Meine Hoffnung ist, dass sich ein europäischer Islam entwickelt. Dafür muss man die Religionen getrennt sehen von den Traditionen.

Integration heißt, dass der Islam zu Deutschland gehört. Es heißt aber nicht, dass wir in Deutschland arabische, afrikanische oder türkische Traditionen über die deutsche Kultur stellen. Das meine ich, wenn ich sage: Nicht nur der Islam gehört zu Deutschland. Sondern: Auch deutsche und europäische Traditionen und Werte gehören zum deutschen Islam.

Integration heißt, dass man sich irgendwann nicht mehr als Araber, Bosnier oder Türke betrachtet, sondern als Deutscher mit allen Licht- und Schattenseiten.

Deshalb bin ich jedes Mal wieder erschüttert, wenn der Türkische Präsident Erdogan Deutschland besucht. Er redet dann zu seinen Landsleuten. Er warnt vor angeblicher Assimilation und meint damit aber Integration. Ich finde: Er muss die Leute auch gehen lassen. Spätestens in der dritten oder vierten Generation muss doch klar sein, wo die Heimat ist.

Jedes Jahr bürgern sich zehntausende Türkinnen und Türken ein. Und wir freuen uns darüber. Denn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine offene Gesellschaft. Integration ist für uns immer eine Einladung. Und wir freuen uns über jede und jeden, der sie annimmt.

Wir müssen uns aber auch fragen, ob wir immer so „einladend“ sind. Ich möchte zum Beispiel, dass man nicht Angst haben muss vor dem Termin bei der Ausländerbehörde. Ich weiß noch, wie das war: Als Kind war ich oft dabei. Die langen Schlangen. Die Stunden des Wartens. Dieser komische Umgang. Dieses Gefühl, abgefertigt zu werden.

Ich möchte, dass syrische Flüchtlinge dort Menschlichkeit finden. Ich möchte, dass die ausländischen Mitarbeiter von jungen Start-Up-Unternehmen dort ein offenes, professionelles Deutschland erleben. Ich möchte, dass Leute die hier

aufgewachsen sind nicht ihren Aufenthaltstitel verlieren, weil sie im Ausland studiert haben und einen Formfehler gemacht haben. Ich möchte einen Winterabschiebe-Stopp, wie er in anderen Bundesländern üblich ist. Recht und Gesetz müssen gelten – aber wir müssen sie menschlich anwenden.

Auch an dieser Stelle waren wir schon einmal weiter. Unter Innensenator Erhart Körting war die Anerkennungsquote bei Härtefällen doppelt so hoch. Sie liegt jetzt nur noch bei 36 Prozent. Das kann doch kein Zufall sein.

Vieles ist möglich, ohne Bundesgesetze anzufassen. Deshalb möchte ich, dass wir die Ausländerbehörde zur Willkommensbehörde umbauen. Und wenn es in dieser Wahlperiode nicht geht, dann schreiben wir das eben ins Wahlprogramm.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Manche von euch haben mich gefragt: Raed, mit wem genau willst du einen Staatsvertrag abschließen? Selbstverständlich ist diese Frage berechtigt. Der Islam ist völlig anders organisiert als die katholische Kirche. Trotzdem gibt es in Bremen und Hamburg schon Staatsverträge mit muslimischen Verbänden. In zwei anderen Bundesländern laufen die Vorbereitungen.

Es werden ehrliche und offene Gespräche mit allen geführt. Darüber was geht, und was eben auch nicht geht. So werden wir es auch hier in Berlin machen.

Ein Staatsvertrag spricht nicht gegen die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften. Vielmehr sorgt er für klare Verhältnisse: er regelt die grundgesetzliche Religionsfreiheit in der Praxis. Ein Staatsvertrag bedeutet auch, dass die Religionsgemeinschaften bei der Prävention gegen Kriminalität mithelfen. Denn klar ist: Die muslimischen Gemeinden sind nicht Schuld an den Terroranschlägen von Radikalen. Muslime werden überall auf der Welt immer wieder selbst zur Zielscheibe von Anschlägen.

Terror hat keinen Gott.

Zugleich gilt: Die muslimischen Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für die Prävention gegen Radikalismus, gegen Antisemitismus, gegen Gewalt.

Die Terroristen von Paris wurden nicht von Imamen radikalisiert. Es waren selbsternannte Prediger. Und: Sie wurden nicht in der Moschee radikalisiert. Sondern im Gefängnis.

Wir müssen die Gefängnisse im Blick behalten. Gefängnisse sind Brutstätte für Kriminalität. Berlin hat bei der muslimischen Gefängnis-Seelsorge Nachholbedarf. Das Land Berlin und die muslimischen Gemeinden müssen ihre Zusammenarbeit intensivieren.

Genossinnen und Genossen,

Bildung ist die schärfste Waffe der Demokratie.

Mit Bildung und Aufklärung lassen sich viele Formen von Extremismus und Radikalismus wirksam bekämpfen. Das gilt im Kontext des Islamismus gerade auch für die religiöse Bildung.

Häufig kennen muslimische Jugendliche in Deutschland ihre eigene Religion nicht besonders gut. Sie sind unsicher, was die Glaubensinhalte angeht. In dieses Vakuum hinein fällt die Saat der Hassprediger bei manchem auf fruchtbaren Boden.

Der Staatsvertrag schafft die Grundlage, um endlich den Rahmen für einen Lehrstuhl für islamische Theologie und damit die staatliche Ausbildung von islamischen Religionslehrern zu verabreden. Bislang fehlt uns der institutionelle Rahmen, um genau diesen dringend notwendigen Schritt zu gehen.

Wir brauchen deutsche Imame und keine Import-Imame in deutschen Moscheen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr seht: unsere Klausurtagung ist nicht der Abschluss, sondern der Beginn der Diskussion um einen Staatsvertrag.

Aber unsere Botschaft ist schon jetzt klar: Wir wollen demokratisches Miteinander statt Vorurteile. Wir wollen Gleichberechtigung statt Ausgrenzung.

Wir wollen miteinander statt nebeneinander leben.

Wir arbeiten nicht nur an einem guten Verhältnis mit den islamischen Verbänden. Wir pflegen auch das Verhältnis zur jüdischen Gemeinde in unserer Stadt.

Wir sind stolz darauf, dass Berlin die Heimat der größten jüdischen Gemeinde in Europa ist. Und was mich besonders freut: Gerade für viele junge Israelis ist unsere Stadt attraktiv.

Letzten Freitag haben unser Präsident Ralf Wieland und ich Professor Michael Wolffsohn und seine Frau im Wedding besucht. Professor Wolffsohn ist nicht nur ein jüdischer Intellektueller mit deutschem Pass. Er besitzt auch ein Wohnquartier im Wedding. Dort bietet er eine Lernwerkstatt an. Er möchte genau wie wir, dass junge Menschen den sozialen Aufstieg schaffen – egal welches Geschlecht, welche Herkunft, welche Religion.

Professor Wolffsohn hat mir im Sommer von seiner Mutter erzählt. Sie lebt in Berlin. Als die antisemitischen Demos stattfanden hat sie gefragt: Müssen wir Juden jetzt wieder auswandern? Das hat ihn sehr bewegt.

Diese Geschichte zeigt: Die antisemitischen Vorfälle von diesem Sommer waren für viele Juden beunruhigend. Der Terroranschlag von Paris war auch ein klar antisemitischer Anschlag – und es war nicht der erste. Juden in Europa, auch in Berlin, fühlen sich bedroht.

Deshalb sagen wir als SPD: Wir stehen ein für Eure Sicherheit. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Liebe Genossinnen und Genossen,

manche Entwicklungen in diesem Winter machen mich nachdenklich. Wir haben oft gesagt, dass wir den gesellschaftlichen Frieden bewahren müssen. Jetzt zeigt sich: Das war keine Floskel. Es ist eine dauerhafte Aufgabe der SPD.

Brücken bauen heißt, dass wir die Sorgen der gesellschaftlichen Mitte ernst nehmen.

Anhänger von Pegida, AfD & Co mögen auch aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Mit ihren Parolen stellen sie sich an den rechten Rand.

Gesine Schwan hat das bereits im Dezember auf den Punkt gebracht: „Soziale Mitte heißt nicht zwingend auch demokratisch“, sagte sie in einer Talksendung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere Integrationspolitik setzt auf Lösungen für konkrete Probleme. Statt auf Vorurteile und Geisterdebatten. Wir sind stolz auf unser Land. Dieses Land hat bewiesen: Wir haben den Mut zur Vielfalt.

Jedes Land braucht ein nationales Selbstverständnis und einen gesellschaftlichen Konsens, eine nationale Identität.

Rechte Parteien schaffen Identität durch Ausgrenzung. Nach dem Motto: Wir sind Deutsch. Aber der Islam ist nicht Deutsch. Wir sind Bürger. Aber die Flüchtlinge gehören nicht dazu.

Linke Schöngelster neigen dazu, gar nicht über nationale Identität zu reden. Eine Zeit lang war es in Mode, sich nur noch als Europäer zu bezeichnen. Als ob Deutschland in diesem Europa nicht etwas beizutragen hätte. Als ob unsere Kultur, unser Denken nichts Wert wäre.

Ich glaube fest daran: Wir dürfen die deutsche Identität nicht den Konservativen oder den Rechten überlassen. Das wäre ganz falsch. Wir schaffen Identität natürlich nicht durch Ausgrenzung. Wir als SPD können Deutschland positiv definieren:

Wir sind das Land, das für Fleiß und harte Arbeit steht.

Wir sind das Land, das für preußische Toleranz und für Vielfalt steht.

Wir sind das Land, das sich den Abgründen seiner Geschichte stellt.

Wir sind das Land der Patente, der weltweiten Unternehmen, der Qualität made in Germany und Jahrzehnte Exportweltmeister.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Einwanderungsland schlechthin. Es gibt dort zwei Konzepte zur Integration: Die einen sagen, Integration muss ein Schmelztiegel sein, wo die Verschiedenheit verschmilzt zu einem gemeinsamen Neuen. Das andere Konzept heißt „Salad Bowl“, zu deutsch „Salatschüssel“. Ihr wisst, ich habe in der Gastronomie gearbeitet. Ich glaube ich kann euch die „Salad Bowl“ besonders gut erklären.

In der Salatschüssel hat man verschiedene Gemüsesorten: Mais, Gurke, Tomate und Paprika. Und man sagt, man mischt das Ganze zusammen, aber jeder bleibt für sich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei diesem Konzept fehlt das Verbindende. Nennen wir es das Dressing: Unsere Werte, unsere Freiheit, unsere Verfassung. Das kann das gemeinsame Dressing sein. Geschmackvoll, bunt und gesund. Mit einer gemeinsamen Verbindung. Das ist nicht nur Pluralismus, sondern auch Patriotismus.

Genossinnen und Genossen,

wir sind die Patrioten!!!

Wir sind stolz auf unsere gemeinsame Verfassung.

Wir sind stolz auf unsere Demokratie und unsere Werte.

Und ich, Genossinnen und Genossen, sage auch mit voller Überzeugung: „Ich bin stolz auf unser Land.“ Auf Deutschland. Auf meine Heimat.

Diese positive Identität müssen wir den Zuwanderern anbieten. Denn wenn wir selbst unser Land nicht mögen, warum sollen es dann die Zuwanderer tun?

Wir sind die echten Patrioten.

Selbstbewusst statt überheblich.

Gemeinsam statt ausgrenzend.

Weltoffen statt verschlossen.

Dieses Land können wir sein.

Dieses Land wollen wir sein.
Dieses Land werden wir sein.
Dafür steht Berlin ganz besonders.
Das ist unsere Botschaft in diesem Winter.